

Radikalismus und Extremismus als konträre Rationalitäten

Eine Radikalisierung des Radikalisierungsbegriffs

Radicalism and Extremism as Contrary Rationalities

A Radicalization of the Radicalization Concept

Holger Marcks

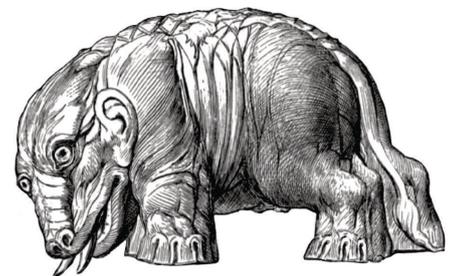
Abstract

This contribution problematizes the circumstance that the concept of radicalization has been decoupled from its morphemic roots: the meaning of being radical. In discourse on political violence it is mostly understood as an increase in (violent) extremism, and as such it has a feedback effect on what is understood by *being radical* or *radicalism*. Conflating these terms increasingly with extremism, a semantic confusion has been created that makes the analysis of processes towards political violence indifferent and prone to fallacies. Based on an outline of problems inherent to dominant interpretations of radicalization and following an historically informed understanding of radicalism, it is thus argued that extremism and radicalism should be conceptualized as contrary rationalities. From this perspective, extremism is a rationality that features a strong reduction in complexity and is extreme insofar as it reads social problems as epitomized by dichotomous groups of people. Radicalism, in turn, assumes a complexity of society and is radical insofar as it puts its problems down to structural roots. Accordingly, there should also be a distinction between an increase in extremism (extremization) and an increase in radicalism (radicalization), while the process towards violence should be understood as militantization: a process that can derive from both rationalities, but differs in its derivation and expressions. Which benefits for research on political violence may be derived from putting the concept of radicalization down to its morphemic roots – a conceptual radicalization, so to say – will be discussed conclusively.

Keywords, dt.: Radikalismus, Extremismus, Militanz, Radikalisierung, politische Gewalt, Dissidenz

Keywords, engl.: Radicalism, Extremism, Militancy, Radicalization, Political Violence, Dissidence

Holger Marcks, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH), researching in the PANDORA project (Propaganda, Mobilization and Radicalization in the Virtual and Real World. Causes, Processes and Counter-Strategies in the Context of the Asylum and Refugee Debate), funded by the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF). **E-Mail:** marcks@ifsh.de



Der Begriff der ‚Radikalisierung‘ hat in den vergangenen 15 Jahren eine merkwürdige Karriere gemacht. Obwohl im Diskurs über politische Gewalt mittlerweile allgegenwärtig, ist häufig unklar, was darunter zu verstehen ist. Uneinigkeit besteht etwa darüber, ob er einen Prozess bezeichnet, der in Gewalthandlungen mündet, oder ob es um eine Übernahme von Einstellungen geht, die auf einen umfassenden Ordnungswandel abzielen. Zwar gibt es immer wieder Versuche, zwischen den unterschiedlichen Konzeptualisierungen zu vermitteln (z.B. Abay Gaspar et al. 2018; Schmid 2013), doch schreiben diese ein Problem fort, dass der Vermittlung zwischen Einstellung und Handlung vorgelagert ist. Denn generell mangelt es den Konzeptualisierungen an einer Verbindung zu den morphemischen Wurzeln des Radikalisierungsbegriffs, womit die Frage berührt ist, was eigentlich *radikal* meint.

Die Folge davon ist, dass der Begriff der Radikalisierung nicht einfach nur von seinen morphemischen Wurzeln entkoppelt wurde, sondern – mit der zunehmenden Wirkmacht des Begriffs – selbst darauf einwirkte, was als radikal bzw. Radikalismus gilt. Deutlich wird das etwa dort, wo Radikalisierung als Zunahme extremistischer Einstellungen und/oder Handlungen verstanden wird (vgl. Neumann 2013b). Dadurch wird der Begriff des Radikalismus implizit auf ein Synonym von Extremismus reduziert. Zugleich aber sind ältere, abweichende Bedeutungen von Radikalismus nicht einfach aus dem Bewusstsein getilgt und wirken im Politischen nach. Und insofern Radikalisierung – aufgrund der Morphemik des Begriffs – von vielen intuitiv als Zunahme von Radikalismus verstanden wird, treffen damit im öffentlichen Diskurs (mindestens) zwei konfligierende Semantiken der Radikalisierung aufeinander.

Der Beitrag argumentiert,[1] dass Konzepte, die unter Radikalisierung eine Zunahme von Extremismus verstehen – ob nun einstellungs- oder handlungsorientiert –, mehr Verwirrung stiften als Klarheit schaffen. Immerhin sind Begriffe nicht beliebig austauschbar. Sie schneiden und schaffen Wirklichkeit, womit sie den behandelten Subjekten immer eine gewisse Gewalt, mitunter sogar Unrecht, antun. Dabei leiten sie etwa die (vergleichende) Analyse von politischer Gewalt an, die letztlich problematische Folgerungen zeitigen muss, wenn sie auf indifferenten Konzepten aufbaut. Gerade weil zwischen Einstellungen und Gewalthandlungen ein enger Zusammenhang besteht, bedarf es präziser Konzepte, mit denen Einstellungen differenziert werden, die in unterschiedlichen Formen der Gewalt münden (können) – und die nicht zu falschen Urteilen über Akteure führen.[2]

Auf Grundlage eines Aufrisses von Problemen, die Lesarten von Radikalisierung innewohnen, und einem historisch informierten Verständnis von Radikalismus folgend, plädiert der Beitrag dafür, Extremismus und Radikalismus als konträre Rationalitäten zu fassen, in denen die Herleitung von Gewalt unterschiedlich strukturiert ist. Demnach ist *Extremismus* eine Rationalität, in der eine starke Komplexitätsreduktion stattfindet und die insofern extrem ist, als dass gesellschaftliche Probleme darin als von dichotomen Personengruppen verkörpert erscheinen. *Radikalismus* hingegen geht von einer Komplexität der Gesellschaft aus und ist insofern radikal, als dass deren Probleme auf strukturelle Wurzeln zurückgeführt werden. Entsprechend sollte unterschieden werden zwischen einer Zunahme von Extremismus und einer Zunahme von Radikalismus: *Radikalisierung*. Welchen Nutzen diese Rückführung des Begriffs auf seine morphemischen Wurzeln –

[1] Sein Inhalt basiert auf Vorarbeiten, die der Autor mit Janusz Biene ange stellt hat, der zudem mit wertvollen Kommentaren und Hinweisen zu ihrer Fortführung hier beigetragen hat.

[2] Zumal diese folgenschwer sein können. So können etwa Akteure, die sich selbst als radikal bezeichnen oder mit einer radikalen Tradition identifiziert werden, in einem Diskurs, der Radikalität vorwiegend mit Gewalt assoziiert, leicht unter Gewaltverdacht geraten.

eine konzeptionelle Radikalisierung sozusagen – für die Gewaltforschung hat, wird abschließend diskutiert.

Radikalisierung ohne Radikalismus: Ein Schildbürgerstreich der Gewaltforschung

Radikalisierung ist ein Konzept, das nach den Terroranschlägen von Madrid 2004 und London 2005 zunehmend zum Gegenstand von wissenschaftlichen und politischen Diskursen wurde.[3] Obwohl also relativ neu, ist die damit zusammenhängende Literatur schon heute kaum mehr zu überblicken. Während allerdings das Konzept auf immer mehr empirische Gegenstände Anwendung fand,[4] ist weiterhin unklar, was damit genau gemeint ist.[5] So beklagte bereits 2013 Alexander Schmid, der die Literatur zum Thema Radikalisierung sorgfältig ausgewertet hatte, dass es „a frustrating experience“ sei, die Bedeutung des Begriffs herauszuarbeiten (2013, 1). So kann er zwar als wichtigster Signifikant in der Analyse politischer Gewalt gelten (Kundnani 2012, 3), fungiert aber doch als Leerstelle, in die je nach Kontext und Perspektive unterschiedliche Inhalte hineinprojiziert werden.

Radikalisierung ist daher, wie auch der Begriff des Terrorismus, ein „essentially contested concept“ (Gallie 1955). Ungeklärt ist dabei besonders das Verhältnis von Einstellung und Gewalthandlung, die in einer Lesart explizit oder implizit synthetisiert werden (z.B. della Porta/LaFree 2012),[6] in einer anderen strikt entkoppelt sind (z.B. Borum 2011a).[7] Ohne die sehr umfangreiche Diskussion in Wissenschaft, Präventions- und Deradikalisierungsfor-schung abbilden zu können (siehe dazu z.B. Daase et al. 2019), soll hierzu nur zweierlei festgestellt werden: Erstens sind Gleichsetzungen von Einstellung und Gewalthandlung problematisch, weil sie fälschlicherweise nahelegen, dass eine radikale Einstellung stets zur Gewalt neigt und die Möglichkeit vernachlässigen, dass politische Gewalt auch aus anderen als radikalen Einstellungen resultieren kann. Zweitens ist aber auch ihre strikte Entkopplung problematisch, denn „without reference to beliefs, none of these [violent] behaviors make any sense“ (Neumann 2013, 880).

Insofern scheinen Konzeptualisierungen, die Einstellung und Gewalthandlung zusammendenken, ohne sie gleichzusetzen, eine sinnvolle Vermittlung zu sein. Allerdings sind auch ihnen Widersprüche inhärent. So erkennen sie zwar an, dass radikale Einstellungen nicht unbedingt mit Gewalt einhergehen, weisen die Anwendung politischer Gewalt aber doch als radikal aus (z.B. Mandel 2009). Dem wäre entgegenzuhalten, dass Gewalt gewiss als Produkt (auch) von Einstellungen verstanden werden sollte – denn jedes Verhalten beinhaltet stets „a layer of meaningfulness, at both the subjective (intentions, beliefs) and intersubjective (norms, identities) levels“ (Pouliot 2014, 5) –, Erklärungen aber zu einfach ausfallen, in denen politische Gewalt als (finale) Konsequenz radikaler Einstellungen gedacht wird.[8]

Vielmehr wäre zu klären, wie unterschiedliche Einstellungen die Pfade in die Gewalt dispositionieren. Eine solche Differenzierung wird aber nicht nur durch einen Radikalisierungsbegriff erschwert, der politische Gewalt als radikal festschreibt, sondern auch durch die zu beobachtende Konfusion von Radikalismus und Extremismus. Besonders deutlich wird dies in Schmid

[3] 11-M (Madrid) und 7/7 (London) steigerten nochmals das seit 9/11 erweckte wissenschaftliche Interesse am (islamistischen) Terrorismus. Anders aber als bei den Anschlägen in den USA 2001 kamen die Angreifer nicht von außen, sondern wuchsen in der Gesellschaft auf, die sie attackierten. Unter dem Eindruck dieses *home-grown terrorism*, wendete sich das Interesse stärker dem Prozess zu, der einen Staatsbürger zu politischer Gewalt greifen lässt. Dieser Prozess – von Peter Neumann mit der Frage versehen: „what goes on before the bomb goes off?“ (2008, 4) – wurde als Radikalisierung bezeichnet.

[4] Der Diskurs fokussierte zunächst stark auf die individuelle Ebene und Phänomene dschihadistischer Gewalt. Heute ist die Kritik, die an diesem engen Fokus geübt wurde (z.B. Githens-Mazer/Lambert 2010; Sedgwick 2010), hinfällig, da kollektive wie auch relationale Dimensionen eine größere Rolle spielen und das Konzept zunehmend Anwendung auf andere Phänomene politischer Gewalt fand.

[5] Zwar wurde auch der Kritik, es bedürfe mehr historisch fundierter Forschung (z.B. Gerwarth/Haupt 2007), Rechnung getragen, als zunehmend auch ältere Phänomene der Radikalisierung untersucht wurden (z.B. Bosi et al. 2014). Jedoch beziehen sich diese Erkenntnisse auf das empirische Explanandum, nicht auf den konzeptionellen Signifikanten, der für die semantische Konsistenz (und damit die Schärfung des analytischen Explanans) entscheidend ist. Dabei findet diese Auseinandersetzung zwar durchaus in Bezug auf den Radikalismusbegriff statt (siehe z.B. Pisou 2011), allerdings ohne dass daraus eine Konsequenz für den Radikalisierungsbegriff gezogen würde.

[6] Donatella della Porta und Gary LaFree sprechen von „a process lea-

viel beachtetem Übersichtsartikel, der aus dem realen Radikalisierungsdiskurs einen konsensualen Begriffsapparat zu generieren versucht. Durchaus sorgsam arbeitet er darin *Radikalismus* als Einstellung heraus, die einen umfassenden Ordnungswandel intendiert und diesen mit „non-violent and democratic [...] or violent and non-democratic“ (2013, 8) Mitteln zu realisieren versucht. In seiner Definition von *Radikalisierung* ist es dann jedoch Extremismus – nicht Radikalismus –, der als Kern des Gewaltprozesses verstanden wird. Statt nämlich zu folgern, dass ob des konsensualen Radikalismusverständnisses der wissenschaftlich konstruierte Radikalisierungs-begriff Verwirrung stiften könnte, lautet Schmidts Vorschlag, die erzwungene Semantik des Radikalisierungsdiskurses weiterzuspinnen: „Detach radicalisation to some extent from radicalism and link it more to the process of growing commitment to and engagement with (violent) extremism“ (ebd., 39). Diese Verrenkung ist tatsächlich repräsentativ für viele Studien zum Thema, die davon ausgehen, dass Radikalisierung eine Hinwendung zum Extremismus sei. Und um die Konfusion perfekt zu machen, teilen davon einige auch noch einen Begriff von Extremismus, der Schmidts konsensualen Semantik von Radikalismus entspricht (z.B. Borum 2011b; Bartlett/Miller 2012). Genau davon sollte der Radikalisierungs-begriff laut Schmid jedoch entkoppelt sein.

Die Folgen dieser Konfusion sind nicht unerheblich. Wie zwei der wichtigsten Kritiker bereits argumentierten, macht das die Empirie „lackadaisical and promotes stereotyping“ (Githens-Mazer/Lambert 2010, 901). Um zu verstehen, wie politische Gewalt entsteht und variiert, bedarf es eben konsistenter Konzepte (vgl. Sartori 1984) – und nicht solcher, die semantische Widersprüche erzeugen.[9] Immerhin meinen die meisten Wissenschaftler mit Radikalisierung eine Hinwendung zur Gewalt, obwohl sie anerkennen, dass Radikalismus keine Gewaltanwendung bedeuten muss (vgl. dazu Neumann 2013a, 876). Dabei ist die Lösung dieses Widerspruchs denkbar einfach: Radikalisierung sollte – morphemisch konsistent – eine Hinwendung zum Radikalismus meinen. Insofern ist zunächst zu bestimmen, wie ein solcher zu konzeptualisieren ist. Auf dieser Grundlage kann dann sein Verhältnis zur Gewalt geklärt werden.

Zurück zu den Wurzeln: Ein klassisches Verständnis von Radikalismus

Bevor der gegenwärtige Gebrauch des Radikalisierungs-begriffs implizierte, dass Radikalismus notwendigerweise mit Gewalt zu tun habe, hatte er (auch) eine andere Bedeutung, die im wissenschaftlichen Diskurs durchaus noch nachwirkt. So erkennen auch Forscher zu politischer Gewalt an, dass Radikalismus eine Haltung meinen kann, die auf einen grundlegenden Ordnungswandel abzielt (Mandel 2009; Schmid 2013). Radikalismus wird in dieser Bedeutung allerdings bloß an der Frage festgemacht, wie stark die Diskrepanz zwischen einem Akteur und der herrschenden Ordnung ist. Damit ist sie weniger tiefgreifend als eine andere, einst geläufige Variante, die John C. Calhoun treffend beschrieben hat als: „the kind of radicalism that comes from acting on the basis of deep social and cultural roots“ (2012, 14). Welches analytische Potential bieten nun diese Varianten des Begriffs?

ding towards increased use of political violence“ (2012, 5), wobei sie sich auf Clark McCauleys und Sophia Moskalenkos Definition beziehen: „change in beliefs, feelings, and behaviors in directions that increasingly justify intergroup violence“ (2008, 416). Damit wird nicht nur ausgesagt, dass sich Überzeugungen, Gefühle und Verhaltensweisen synchron in Radikalisierungsprozessen verhalten, sondern auch nahegelegt, dass die Rechtfertigung von Gewalt ihrer Anwendung gleichkommt – was unbedingt auseinanderzuhalten ist (Sageman 2011: 117).

[7] Randy Borum stellt fest, dass „fanatically embracing an ideology is neither a proxy for, nor a necessary precursor to, terrorism“, weswegen er Radikalisierung als Einstellungsproblem definiert, als „the process of developing extremist ideologies and beliefs“ (2011a, 2). Abgesehen davon, dass die inhärente Gleichung von Radikalismus und Extremismus problematisch ist, sagt Borum nichts darüber aus, welchen Einfluss derlei Einstellungen auf „the process of [...] engaging in violent extremist actions“ (ebd.) haben, der so als arbiträrer Handlungspfad erscheint.

[8] Insbesondere Modelle, die zwischen konsekutiven Phasen des Einstellungswandels unterscheiden (z.B. Mandel 2009), betrachten Radikalisierung als linearen Prozess, der durch Gewaltanwendung abgeschlossen wird. Sie legen damit nahe, dass eine vollständige Radikalisierung der Einstellung letztendlich zum Einsatz von Gewalt führt. Im Umkehrschluss seien Akteure, die keine Gewalt anwenden, nicht richtig radikal.

[9] Durch den morphemischen Bruch, der durch den Radikalisierungs-begriff geschaffen wurde, können ‚Radikalisierung‘ und ‚radikal werden‘ – Bezeichnungen, die eigentlich Synonyme sein sollten – völlig widersprüchlich

Die erste, abgeschwächte Variante impliziert, dass sich Radikalismus relativ zum *status quo* verhält, womit es dem Begriff an Distinktion mangelt. Denn er vermengt alle Akteure, die für einen umfassenden Ordnungswandel eintreten – faschistische ebenso wie demokratische.[10] Zugleich bietet dieses relationale Verständnis keinen Mehrwert, da sich der betreffende Phänomenbereich auch einfach als revolutionär oder dissident bezeichnen ließe.[11] Hingegen lässt die zweite, profilierte Variante inner- und post-dissidente Unterscheidungen zu,[12] bietet aber auch größeren Interpretationsspielraum bezüglich der Frage, was die Wurzeln sind, auf die sich Radikalismus bezieht. Es bedarf daher eines substantielleren Verständnisses von Radikalismus, das an dieser Stelle mehr Klarheit schafft. Ein Blick auf historische Diskurse kann dabei von Nutzen sein.

Historisch sind es vor allem zwei politische Phänomene, die als radikal bezeichnet werden: liberaler beziehungsweise bürgerlicher Radikalismus und Links- beziehungsweise Arbeiterradikalismus. Ersterer ist ein Kind der Aufklärung und abzugrenzen von liberalen Strömungen, die nur begrenzte Ziele wie eine konstitutionelle Monarchie anstrebten. Er stand für eine umfassende Demokratisierung der politischen Sphäre und vertrat häufig Ideen der kommunalen Selbstverwaltung (Sepúlveda 1993; Baal 1994).[13] Der Linksradikalismus hingegen entwickelte sich zunächst im Kontext der Arbeiterbewegung und ist von staatssozialistischen Ansätzen abzugrenzen, da er nach einer Demokratisierung der wirtschaftlichen Sphäre durch Strukturen der Selbstverwaltung strebte.[14] Später griff die anti-autoritäre Neue Linke einige Kernideen der linksradikalen Arbeiterbewegung wieder auf (exemplarisch Cohn-Bendit/Cohn-Bendit 1968).[15] Beide Phänomene zeichnen sich durch ein substantielles Verständnis von Radikalismus aus, das darin besteht, gesellschaftliche Macht horizontalisieren zu wollen und exklusive Herrschaftsformen zurückzuweisen. Zwar tendierten derlei Akteure häufig dazu, die Partizipation in etablierten Strukturen abzulehnen; dennoch sollte diese Rigidität nicht mit Extremismus verwechselt werden. Vielmehr ist die Geschichte voll von Akteuren, die gemeinhin als extremistisch gelten und sich Strukturen zunutze machten, die sie eigentlich bekämpfen oder abschaffen wollten.

Tatsächlich ist gerade im Linksradikalismus ein Denken besonders ausgeprägt, demzufolge bestimmte Mittel die politischen Ziele unterlaufen können. Diese Haltung kann mit Worten verständlich gemacht werden, die Albert Camus einst für den Syndikalismus fand. Für ihn ging diese Strömung des Linksradikalismus „von der konkreten Grundlage aus, dem Beruf, der in der wirtschaftlichen Ordnung das ist, was in der politischen die Gemeinde: die lebendige Zelle, auf der sich der Organismus aufbaut“ (1969 [1951], 241). In Konsequenz sind ihm die Mittel heilig. Denn in der Logik des „mittelmee-rischen Geists“ (ebd.) reproduzieren Praktiken, die auf machtpolitische Wirksamkeit abzielen, um vom Überbau aus die Basis umzugestalten, genau jene Strukturen, in denen die sozialen Probleme wurzeln.[16] So gesehen – und das ist kompatibel mit Calhouns Konzept – kann Radikalismus als etwas verstanden werden, das sich „von unten nach oben“ (ebd.) vollzieht, ob als dissidente Organisation oder Gesellschaftsmodell.[17]

Diesen Gedanken folgend ließe sich Radikalismus als politische Rationalität konzeptualisieren, welche die Wahrnehmung der Realität strukturiert und somit bedingt, welche Handlungsmöglichkeiten als opportun gelten. Als

interpretiert werden.

[10] Mit ihm können die Republikaner von 1848/49 genauso als Radikale verstanden werden wie islamistische Terroristen heute, die aufstrebenden Nationalsozialisten in den 1920ern genauso wie jüdische Widerstandszirkel in den 1930ern, tibetische Buddhisten genauso wie iranische Demokraten und griechische Faschisten. Diese zeitliche und phänomenologische Asynchronität des Begriffs führt zwangsläufig zu Problemen in (historisch) vergleichenden Studien zu politischer Gewalt.

[11] Unter Dissidenz können solche Formen des Widerstands gefasst werden, die über konventionelle Opposition hinausgehen, indem sie „politische Alternativen zur herrschenden Ordnung formulieren“ und/oder die politischen Spielregeln überschreiten (Daase/Deitelhoff 2014, 12).

[12] Der Begriff der Dissidenz ermöglicht, Radikalismus als ein Ausdruck von (gewaltsamem) Widerstand neben anderen zu betrachten. Außerdem löst er das Problem, wie radikale Bewegungen einzuordnen sind, denen es gelungen ist, Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen umzugestalten. Denn sie mögen zwar, wenn sie über gesellschaftliche oder politische Macht verfügen, ihre Funktion verändern; ihr radikaler Charakter aber löst sich nicht plötzlich in Luft auf. Eine Unterscheidung zwischen dissidentem (widerständigem) und post-dissidentem (etabliertem) Radikalismus kann daher sinnvoll sein.

[13] Gerade hier liegt ein Fall von post-dissidentem Radikalismus vor, insofern der bürgerliche Radikalismus mit dem Aufstieg der liberalen Demokratien den widerständigen Modus verließ und zu einem etablierten Teil herrschender Ordnungen wurde.

solche ist er von der Rationalität des Extremismus, in welcher der Zweck die Mittel heiligt, zu unterscheiden. Zwar können beide Rationalitäten in Gewalt münden, doch variieren sie in der Logik ihrer Entscheidungen. Außerdem ließe sich annehmen, dass solch ein Verständnis von Radikalismus, im Kontrast zum Extremismus, bessere Erklärungspotentiale für die Varianz dissidenter Gewalt bereithält. Das durch den dominanten Radikalisierungsbegriff geförderte Verständnis von Radikalismus hingegen verstellt diese Potentiale aufgrund seiner Indifferenz – und löscht eine Denktradition aus dem Diskurs aus.

Von Wurzeln und Körpern: Extremismus als Antithese des Radikalismus

Grundsätzlich liegen jedem politischen Handeln Deutungsweisen zugrunde, mit denen es sich rationalisieren lässt. Clark McCauley und Sophia Moskalenko haben dies bereits beispielhaft pointiert, als sie feststellten: „Anti-poverty activists [...] tend to see different causes of poverty than non-activists“ (2008, 416). Dem wäre allerdings noch hinzuzufügen, dass auch unter solchen Aktivisten Unterschiede in der Beurteilung von Ursachen bestehen. So mögen manche diese in den Eigentums- und Produktionsverhältnissen verorten, während andere dafür Ausländer verantwortlich machen. Dabei handelt es sich um ganz konträre Kognitionen, aus denen unterschiedliche Programmatiken folgen. Erstere kann man als radikal bezeichnen, da sie die strukturellen Wurzeln des Problems in den Blick nimmt; letztere als extrem, da sie das Problem auf essenzielle Verkörperungen zuspitzt.

Zum besseren Verständnis dieser kognitiven Dimension mag man sich vergegenwärtigen, dass auch wissenschaftliche Analysen radikalen oder extremen Charakter tragen können. Gerade der marxistischen Denkschule wird etwa nachgesagt, gesellschaftliche Konflikte von ihrer Basis – den sozialen Beziehungen und materiellen Verhältnissen – her zu analysieren (Quent 2016, 29). Als ein Beispiel sei hier die Radikale Kriminologie genannt, in der Kriminalisierungsprozesse als Ausdruck sozialer Machtverhältnisse kritisiert werden (Lynch 1997). Allerdings neigt solch radikale Kritik auch dazu, gesellschaftliche Bezugsgrößen immer weiter aufzulösen, indem sie, wie etwa im Poststrukturalismus, die intersubjektiven Konstruktionen sozialer Wirklichkeit dekonstruiert. Im Ergebnis sind viele Probleme gar nicht mehr fassbar, so dass radikale Kritik unfähig wird, praktikable Lösungen anzubieten (vgl. Newman 2007).

In letzter Konsequenz wird der kognitive Radikalismus also instabil, weil er seinen kognitiven Überbau selbst unterminiert.[18] Eben deswegen gibt es in der Wissenschaft durchaus ein legitimes Maß an Komplexitätsreduktion beziehungsweise Simplifizierung, um überhaupt intersubjektiven Zugriff auf die soziale Wirklichkeit zu haben.[19] Andererseits jedoch tendieren Analysen, die keinerlei radikales Moment enthalten, zur Übersimplifizierung. Entsprechende Denksysteme, die zweifellos einen stabilen kognitiven Überbau aufweisen – immerhin arbeiten sie mit besonders zugespitzten Kategorien – und schnell mit Lösungsvorschlägen bei der Hand sind (vgl. dazu Quent 2016, 30f.), sollen hier als kognitiver Extremismus verstanden werden. Beispiele hierfür finden sich – um im selben Feld zu bleiben – ebenfalls in der

[14] Er stand damit in einer – teilweise unerbittlichen – Konkurrenz zu anderen sozialistischen Strömungen wie der Sozialdemokratie oder des Marxismus-Leninismus. Vorwiegend assoziiert werden mit ihm die Strömungen des Anarchismus, Syndikalismus und Rätekommunismus (vgl. dazu Bock 1976; Lucas 1976).

[15] Dies äußerte sich etwa in Form autonomer Organisationen, Projekten der Alternativökonomie und kulturellen Freiräumen. Auch hier ließe sich sagen, dass ein Teil dieser Ideen in den Mainstream übergegangen ist, der so (partiell) radikalisiert wurde.

[16] Im Gegensatz zur „deutschen Ideologie“, die Camus im politischen Marxismus gegeben sah. Diese wolle die Revolution „von oben nach unten“ vollziehen und versuche dabei mit allen Mitteln, die Realität nach einer absoluten Doktrin zu formen (1969 [1951], 241f.).

[17] Man denke hier etwa an die Phase der radikalen Demokratie im antiken Athen (Robert 1998) oder die rätedemokratischen Ansätze in der frühen Weimarer Republik (Müller 1924/25).

[18] Man könnte sagen: Die Radikalisierung von Kritik – die ständige Dekonstruktion als ‚natürlich‘ geltender Begriffe und die Verkomplizierung der Realitätsabbildung – führt am Ende ins Bodenlose. Denn Begriffe dienen der sinnvermittelnden Reduktion von Komplexität, durch die soziale Interaktion und Verständigung überhaupt möglich werden. Wo eine fortwährende „Dislokation von Macht“ (Newman 2007) stattfindet, lassen sich letztlich auch keine Herrschaftsstrukturen mehr benennen.

[19] Wobei sich mit Matthias Quent (2016, 30f.) argumentieren ließe, dass eine Kritik, die sich genau dieser Unzulänglichkeiten bewusst wird, im besten

Kriminologie, etwa in Form der Tätertypenlehre, in der Verbrechen einst mit körperlichen oder rassischen Merkmalen erklärt wurden (Strasser 1984).

Dieser kognitive Antagonismus lässt sich auf die programmatische Dimension von Rationalitäten übertragen. Im politischen Sinne weitergedacht wäre programmatischer Radikalismus dann das, was nach der Stärkung sozialer Beziehungen jenseits des Staates verlangt (*Autonomie*), also Gesellschaft horizontal und inklusiv ausgestalten will. Oder um mit Nicole Deitelhoff zu sprechen: Er zielt auf eine horizontale „Ausgestaltung des Gemeinwesens“, um den „Kern demokratischer Selbstregierung“ zu erweitern (2012, 75). Programmatischer Extremismus hingegen zielt, im Glauben an „die Möglichkeit einer homogenen Gemeinschaft, in der einen Interessenidentität zwischen Regierenden und Regierten besteht“ (Kailitz 2004, 21), auf die Stärkung des staatlichen Überbaus ab (*Heteronomie*). Er ist betont exklusiv und strebt eine vertikale Zuspitzung von Gesellschaft an.

Wie der kognitive Radikalismus tendiert auch sein programmatisches Äquivalent zur Instabilität. In seiner ausgeprägtesten Form verweigert er sich nicht nur jeglicher Partizipation in etablierten Strukturen; dem Zweck folgend, Hegemonie aufzuheben, reibt er sich auch selbst auf. Weil er etwa Hierarchien und Ausschlüsse nicht (re-)produzieren möchte, vermeidet er funktional differenzierte Strukturen, die Handlungsfähigkeit und Integration ermöglichen würden. Er verliert sich gewissermaßen in der „Unübersichtlichkeit der politischen Wirklichkeit“ (Quent 2016, 30), so dass „der Weg in die Umsetzung von Alternativität versperrt“ ist (Deitelhoff 2012, 74). Programmatischer Extremismus hingegen kann sich alle Strukturen zu Nutzen machen, die der politischen Wirksamkeit dienen, da ihm die Erlangung von Hegemonie selbst der Zweck ist. Dabei garantiert er Stabilität auch dadurch, dass er soziale Komplexität in essentialisierten, oftmals dichotomen Kategorien auflöst, die klar hierarchisiert sind. Anders gesagt: Programmatischer Extremismus ist die Politik der Übersimplifizierung.

Pfade der Militantisierung: Radikale und extreme Rationalisierungen von Gewalt

Die vorgenommene Differenzierung von Radikalismus und Extremismus würde auch Probleme überwinden, die dem geläufigen Verständnis von Extremismus anhaften, ohne den Begriff über Bord zu werfen. Extremismustheoretiker liegen ja nicht unbedingt falsch, wenn sie, wie im folgenden Beispiel, zwei Gegenpole im Politischen ausmachen: auf der linken Seite „die rigorose Durchsetzung des Prinzips menschlicher Fundamentalgleichheit in allen Lebensbereichen“; auf der rechten Seite die Überzeugung, „dass eine auf dem Prinzip der Ungleichheit basierende Ordnung etabliert werden soll“ (Backes/Jesse 1989, 41). Fragwürdig scheint jedoch, diese wesensfremden Pole, die dem hier vorgetragenen Verständnis von Radikalismus und Extremismus ähneln, beide gleichermaßen als Extremismus zu markieren. Vielmehr bilden sie ein Kontinuum konträrer Rationalitäten, zwischen denen *alle* politischen Akteure oszillieren. Anders gesagt: Radikale und extreme Rationalitäten sind – in variierendem Maße – in jedem politischen Kontext gegeben.[20]

Sinne radikal ist, da eine tiefgreifende Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge eben auch ihre eigene Vermittelbarkeit und die Praktikabilität daraus abzuleitender Praxen reflektieren müsste. Es wäre daher zu diskutieren, ob eine Anerkennung von Grenzen des Radikalismus beziehungsweise eine radikale Kritik radikaler Kritik für einen transzendentalen Radikalismus oder dessen Selbstaufhebung steht.

[20] Politiken der repräsentativen Demokratie enthalten etwa durchaus Elemente einer extremen Rationalität, mit denen die Instabilitäten ihrer radikalen Stoßrichtung abgefedert werden sollen. Es ist ja gerade das Argument gegen basis- beziehungsweise radikal-demokratische Modelle, dass Gesellschaft zu komplex sei, als dass sie auf einen vertikalen Überbau verzichten könnte, der Prozesse zuspitzt und ihre Dynamiken steuerbar macht.

Praxis mögen sie ineinander übergehen oder in Mischformen auftreten (vgl. Kluge 1999), weil sich die kognitive und programmatische Dimension ambivalent verhalten.[21] Damit ist zugleich angezeigt, dass diese Rationalitäten nicht einfach ein Links-Rechts-Schema widerspiegeln. Zwar ließe sich argumentieren, dass linke Ideologien kognitiv eher radikal und rechte eher extrem fundiert sind, programmatisch können sie aber unterschiedlich gepolt sein, so dass es durchaus Sinn ergibt, von Links- und Rechtsextremismus einerseits und Links- und Rechtsradikalismus andererseits zu sprechen.[22] Ebenso lassen sich damit Binnenunterschiede in sozialen Bewegungen sinnvoll markieren. Radikale Feministinnen etwa denken anders als extreme Feministinnen, extreme Umweltschützer anders als radikale Umweltschützer.[23]

Wenn Akteure politische Gewalt anwenden, gleich welcher Rationalität, dann haben wir es hingegen mit Militanz zu tun. Die Hinwendung zu einer solchen sollte daher als *Militantisierung* bezeichnet werden. Das befreit den Begriff der *Radikalisierung* von seiner mehrdeutigen und relationalen Überfrachtung, so dass er in einem eindeutigen und substantielleren Sinne verwendet werden kann: der Hinwendung zu einer radikalen Rationalität. Die Hinwendung zu einer extremen Rationalität sollte wiederum als *Extremisierung* bezeichnet werden. Beide Prozesse meinen damit zunächst nur einen Wandel in den Einstellungen, auf dem Prozesse der Militantisierung aufbauen können. Auf diese Weise werden neue analytische Perspektiven eröffnet, da sich die Pfade in die Gewalt, also die Entscheidungsketten hin zur Militanz, besser rekonstruieren lassen.

Grundsätzlich ließe sich hierbei annehmen, dass ein ausgeprägter Radikalismus dazu neigt, sich gesellschaftlich nur schwer vermitteln zu können oder sich gar selbst zu paralysieren. Darauf deutet etwa die Binnenkonkurrenz in der sozialistischen Arbeiterbewegung hin, in welcher der Linksradikalismus längerfristig nicht dieselbe Resonanz herstellen konnte wie politische Ansätze, die pragmatisch mit etablierten Strukturen interagierten und selbst mit vertikaleren Strukturen operierten. Auch die Fortführung dieser Tradition durch etwa die Neue Linke legt nahe, dass Radikalismus in sozial isolierten Freiräumen oder gar einem regelrechten *exit* aus der gesellschaftlichen Masse enden kann (vgl. dazu Fielitz/Wallmeier in diesem Heft). Auf der anderen Seite wäre der Vermutung nachzugehen, dass ein ausgeprägter Extremismus mit etwa seinen „zugespitzten Ungleichwertigkeitsvorstellungen“ (Quent 2016, 30f.) fähig sei, einfache Denksysteme hervorzubringen, die zuweilen besonders resonanzfähig vor allem in Situationen der Unsicherheit und Unübersichtlichkeit sind.

Angenommen, dass (fast) jede politische Ideologie ein Potential für Militanz aufweist, wäre ferner davon auszugehen, dass unterschiedliche Ideologien die Entscheidungen für Gewalt jeweils anders rationalisieren, so dass die Formen variieren, die Gewalt potentiell annimmt – etwa hinsichtlich Intensität und Zielauswahl. Militanter Extremismus, so ließe sich argumentieren, tendiert in Konsequenz zu kategorischer, militanter Radikalismus eher zu selektiver Gewalt.[24] In diesem Sinne kann Radikalisierung auch eine Abnahme von Gewalt zeitigen (Demilitarisierung), da Radikalismus tendenziell für eine nuanciertere Realitätswahrnehmung steht. Im selben Sinne kann Deradikalisierung eine Hinwendung zu vereinfachten Weltansichten bedeuten und Gewalt gegen kategorische Feindbilder nach sich ziehen. Vor al-

[21] Zum Beispiel: Eine radikale Rationalität ist grundsätzlich inklusiv, sie kann aber in eine diskriminierende Praxis kippen, wenn eine soziale Gruppe kategorisch als Feind inklusiver Ziele ausgemacht wird. Gerade der Marxismus-Leninismus ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein kognitiver Radikalismus in einen programmatischen Extremismus umschlagen kann. Andersrum kann Extremismus ein radikales Moment enthalten, wenn er einen zivilgesellschaftlichen Fokus hat, der Partizipation – wenn auch nur exklusiv für eine bestimmte soziale Kategorie – ermöglicht.

[22] Als Rechtsradikalismus ließen sich etwa – zumindest in Bezug auf konkrete Praxen – die Tendenzen des völkischen Spektrums interpretieren, die nicht auf die Eroberung der staatlichen Macht, etwa durch eine autoritäre Partei, hinarbeiten, sondern in Siedlergemeinschaften ihre Utopie einer homogenen Gemeinschaft (vor-)leben. Als Linksextremismus können solche Tendenzen des antikapitalistischen oder antistaatlichen Spektrums gelten, die Personengruppen, denen eine bestimmte Funktion in der Herrschaftsordnung zugeschrieben werden, als Feindbild essentialisieren.

[23] In der hier vorgeschlagenen Lesart der Begriffe ließen sich zum Beispiel unter einem extremen Feminismus solche Tendenzen verstehen, die Geschlechter in dichotomer Weise essentialisieren und etwa einen Kampf gegen Männer propagieren, während unter einem radikalen Feminismus die Versuche gefasst werden könnten, die strukturellen und kulturellen Grundlagen zu dekonstruieren, die Geschlechterunterschiede konstituieren.

[24] Das lässt sich etwa mit Studien zur Letalität militanter Gruppen begründen. Militanz, die auf einer sozialstrukturierten Weltwahrnehmung basiert und damit zu einer radikalen Ra-

lem aber verleiht solch ein substantielles Verständnis der Rede vom ‚Extremismus der Mitte‘ einen konsistenten Sinn, wo sie in einem relationalen Verständnis geradezu paradoxal anmuten muss.

Gewiss, die Begriffe der *Extremisierung* und *Militantisierung* mögen ungewohnt und sperrig erscheinen. Sie wären aber morphemisch konsistent und würden die semantische Konfusion vermeiden, die im Radikalisierungsdiskurs zu beobachten ist. Nicht zuletzt würden dadurch auch normative Probleme vermieden wie etwa der Umstand, dass mit einem Radikalisierungsbegriff, bei dem Extremismus und Gewalt zentral gestellt sind, Akteure in Misskredit geraten, die sich als radikal verstehen – darunter auch radikale Demokraten –, aber keine Gewalt anwenden oder diese ablehnen. Das Thema Gewalt ist politisch viel zu heikel und folgeschwer, als dass die Wissenschaft – bei aller Berechtigung zur Vereinfachung – hier allzu einfache (um nicht zu sagen: extreme) Konzepte kolportieren sollte. Eine konzeptionelle Radikalisierung des Radikalisierungsbegriffs – die Rückführung auf seine morphemischen Wurzeln – wäre daher angeraten, wenngleich die semantischen Fakten, die durch den Radikalisierungsdiskurs geschaffen wurden, ihre intersubjektive Vermittelbarkeit erschweren dürften.

tionalität neigt, tendiert eher zu einem differenzierteren *target mode*. Militanz hingegen, die auf einer essentialisierenden, homogenisierenden, mitunter territorialisierenden Wahrnehmung basiert und damit die Dehumanisierung einer *outgroup* erleichtert, tendiert als Ausdruck einer extremen Rationalität eher zu einem pauschalen *target mode* (vgl. dazu Biene et al. 2017).

Literatur

- Abay Gaspar, H.; Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J.; Sold, M. (2018) *Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffs*. PRIF Report 5/2018. Frankfurt a. M.: Leibniz-Institut/Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Baal, G. (1994) *Histoire du Radicalisme*. Paris: La Découverte.
- Backes, U.; Jesse, E. (1989) *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Analyse*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Bartlett, J.; Miller, C. (2012) The Edge of Violence. Towards Telling the Difference Between Violent and Non-Violent Radicalization. In: *Terrorism and Political Violence* 24(1): 1–21.
- Biene, J.; Kaiser, D.; Marcks, H. (2017) Widerstand im Spiegel von Herrschaft. Eine relationale Typologie terroristischer Gewalt. In: Daase, C.; Deitelhoff, N.; Kamis, B.; Pfister, J.; Wallmeier, P. (eds.) *Herrschaft in den internationalen Beziehungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bock, H. (1976) *Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Borum, R. (2011a) Rethinking Radicalization. In: *Journal of Strategic Security* 4(4): 1–6.
- Borum, R. (2011b) Radicalization into Violent Extremism. A Review of Social Science Theories. In: *Journal of Strategic Security* 4(4): 7–36.
- Bosi, L.; Demetriou, C.; Malthaner, S. (2014) *Dynamics of Political Violence. A Process-Oriented Perspective on Radicalization and the Escalation of Political Conflict*. Farnham; Burlington: Ashgate.
- Calhoun, C. (2012) *The Roots of Radicalism. Tradition, the Public Sphere, and Early Nineteenth-Century Social Movements*. Chicago: University of Chicago Press.

- Camus, A. (1969 [1951]) *Der Mensch in der Revolte*. Reinbek b. H.: Rowohlt.
- Cohn-Bendit, G.; Cohn-Bendit, D. (1968) *Linksradikalismus. Gewaltkultur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*. Reinbek b. H.: Rowohlt.
- Daase, C.; Deitelhoff, N. (2014) Zur Rekonstruktion globaler Herrschaft aus dem Widerstand. Internationale Dissidenz. Working Paper 1. Frankfurt a. M.: Goethe-Universität.
- Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J. (2019) (eds.) *Gesellschaft extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Deitelhoff, N. (2012): Leere Versprechungen? Deliberation und Opposition im Kontext transnationaler Legitimitätspolitik. In: Geis, A; Nullmeier, F.; Daase, C. (eds.) *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen*. Baden-Baden: Nomos.
- Della Porta, D.; LaFree, G. (2012) Processes of Radicalization and De-Radicalization. In: *International Journal of Conflict and Violence* 6(1): 4–10.
- Gallie, W. (1955) Essentially Contested Concepts. In: *Proceedings of the Aristotelian Society* 56(1): 167–198.
- Gerwarth, R.; Haupt, H.-G. (2007) Internationalising Historical Research on Terrorist Movements in Twentieth-Century Europe. In: *European Review of History – Revue européenne d'Histoire* 14(3): 275–281.
- Githens-Mazer, J.; Lambert, R. (2010) Why Conventional Wisdom on Radicalization Fails. The Persistence of a Failed Discourse. In: *International Affairs* 86(4): 889–901.
- Kaillitz, S. (2004) *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kluge, S. (1999) *Empirisch Begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der Qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kundnani, A. (2012): Radicalisation. The Journey of a Concept. In: *Race & Class* 54(2): 3–25.
- Lucas, E. (1977) *Arbeiterradikalismus. Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*. Frankfurt a. M.: Verlag Roter Stern.
- Lynch, M. (1997) *Radical Criminology*. Aldershot; Brookfield: Dartmouth.
- Mandel, D. (2009) Radicalization. What Does it Mean? In: Jacuch, B.; Pick, T.; Speckhard, A. (eds.) *Home-Grown Terrorism. Understanding and Addressing the Root Causes of Radicalisation among Groups with an Immigrant Heritage in Europe*. Amsterdam u.a.: IOS Press.
- McCauley, C.; Moskalenko, S. (2008) Mechanisms of Political Radicalization. Pathways Toward Terrorism. In: *Terrorism and Political Violence* 20(3): 415–433.
- Müller, R. (1924/25) *Vom Kaiserreich zur Republik*. 2 Bände. Wien: Malik.
- Neumann, P. (2008) Introduction. In: *Perspectives on Radicalisation and Political Violence. Papers from the First International Conference on Radicalisation and Political Violence*. International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence. London: ICSR: 3-7.
- Neumann, P. (2013a) The Trouble with Radicalization. In: *International Affairs* 89(4): 873–893.
- Neumann, P. (2013b): Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. In: *APUZ* 63(29–31): 3–10.
- Newman, S. (2007) *From Bakunin to Lacan. Anti-Authoritarianism and the Dislocation of Power*. Lanham: Lexington Books.

- Pisoiu, D. (2011) *Islamist Radicalisation in Europe. An Occupational Change Process*. New York: Routledge.
- Pouliot, V. (2014) Practice Tracing. In: Bennett, A.; Checkel, J. (eds.) *Process Tracing. From Metaphor to Analytic Tool*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Quent, M. (2016) *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*. Weinheim; Basel: Beltz-Juventa.
- Robert, J. (1998) *Athenian Radical Democracy*. Kingston upon Thames: LACT Publications.
- Sageman, M. (2011) The Turn to Political Violence in the West. In: Coolsaet, R. (ed.) *Jihadi Terrorism and the Radicalisation Challenge. European and American Experiences*. Farnham; Burlington: Ashgate.
- Sartori, Giovanni (1984) *Social Science Concepts. A Systematic Analysis*. Beverly Hills u.a.: Sage.
- Sedgwick, M. (2010) The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: *Terrorism and Political Violence* 22(4): 479–494.
- Sepúlveda, J. (1993) *Los radicales ante la historia*. Santiago de Chile: Editorial Andrés Bello.
- Schmid, A. (2013) *Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation. A Conceptual Discussion and Literature Review*. ICCT Research Paper. Den Haag: ICCT.
- Strasser, P. (1984) *Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen*. Frankfurt a. M.; New York: Campus-Verlag.